

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 21

Köln, den 26. Mai 1933

34. Jahrg.

Neue Wege und neue Ziele.

Eine aus dem neuen Staatsgedanken entspringende Schlußfolgerung setzte dem Eigenleben der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein Endziel. Die Aufgabe der Selbständigkeit ist vielen Mitgliedern der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung überraschend gekommen und erweckt schmerzliche Gefühlswallungen. Die Tatsache aber steht fest. Darum ist es notwendig, sich damit vertraut zu machen, auch in dem Sinne, daß die im deutschen Gewerkschaftswesen eingetretenen Ereignisse einen Schritt zur Weiterentwicklung der deutschen Arbeiterfrage darstellen, für deren Lösung gerade wir unsere besten Kräfte eingesetzt haben. Bernhard Otte, der bisherige Vorsitzende des Gesamtverbandes nimmt unter dem in der Überschrift genannten Titel im Zentralblatt das Wort zu den Vorgängen der letzten Tage und Wochen. Wir geben seine Ausführungen nachstehend zur Hauptsache wieder, damit unsere Mitglieder Einblick gewinnen in den Sinn neuen Werdens.

„Gestehen wir es uns offen ein: mit dem Schritt, den außer uns alle Gewerkschaften — außer den freien, die zwangsweise gleichgeschaltet wurden — getan haben, ist es mit der bisherigen Form der Gewerkschaftsbewegung zu Ende. Nicht als ob es in Zukunft keine Gewerkschaftsbewegung mehr gäbe, nicht als ob die Arbeitnehmerinteressen in Zukunft nicht mehr genügend vertreten werden, im Gegenteil: das entschiedene und ehrliche Wollen des Reichskanzlers und der von ihm beauftragten Stellen und Personen, die die Maßnahmen zum Aufbau der deutschen Arbeitsfront durchzuführen, ebenso der soziale Wille und der Wille, daß die Arbeitnehmer im neuen Staat nicht zu kurz kommen, steht außer jedem Zweifel. Zwar nicht von heute auf morgen, aber in sicherer und organischer Entwicklung wird die neue einheitliche, zugleich mit Staat und Volk fest verbundene Gewerkschaftsbewegung geschaffen werden, eine Bewegung mit neuen und großen Aufgaben. Die Wünsche mancher Scharfmacher, die dahin gehen, in der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vollkommen frei zu sein, werden nicht in Erfüllung gehen.

Vor uns steht ein neuer, durch die nationale Erhebung geschaffener Staat. Dieser Staat will alle Schichten und Stände des Volkes machtvoll zur Geltung und Entfaltung bringen. Die Rechte der einzelnen Volksschichten sollen in gerechter und sozialer Weise gewahrt werden, jedoch unter schärfster Ablehnung des Klassenkampfes und einer internationalen Einstellung, die nicht vom deutschen Volksinteresse ausgeht. In dem neuen Staatsgedanken liegt begründet, daß alle Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens in das staatliche Ganze einbezogen sind. Auch die wirtschaftlichen Organisationen sind ein Teil des gesamten staatlichen Lebens und müssen sich dem Ganzen einordnen.

Eine neue Epoche der Gewerkschaften beginnt. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung zerfiel gleich bei ihrem Entstehen in zwei Richtungen. Politische Strömungen und Parteien standen an ihrer Wiege. Unsere christlichen Gewerkschaften entstanden erst einige Jahrzehnte später. Durch die Bildung einer Gewerkschaftsbewegung auf christlicher Grundlage brachten die christlichen Arbeiter den Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die im Fahrwasser der Sozialdemokratischen Partei und ihrer weltanschaulichen Ziele segelten, zum Ausdruck. Die Umwälzung der jüngsten Zeit hat einen Zustand geschaffen, der es auch den christlichen Gewerkschaften ermöglicht, den neuen Weg mitzugehen. Für eine „Mehrgleisigkeit“ der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist kein Platz mehr. Es gibt im neuen Staat keine Gewerkschaftsrichtung mehr, die mit der Sozialdemokratischen Partei verbunden ist, keine Gewerkschaftsbewegung, die sich anti-

christlich und parteipolitisch betätigt. Mithin — gestehen wir es uns offen ein — sind die Gründe, die bei der Entstehung der christlichen Gewerkschaften maßgebend waren, und die Voraussetzungen, die ihren Weiterbestand rechtfertigten, weit hin in Wegfall gekommen. Es wäre kleinlich von uns, wenn wir diesen Tatbestand nicht positiv bejahen wollten.

Allerdings die Arbeit für unsere Bewegung war uns zum Lebensinhalt geworden. Es wäre ein wenig ehrendes Zeugnis für uns, wenn es anders wäre. Deshalb fiel uns der Entschluß, uns dem Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit zu unterstellen, nicht leicht. Er wurde nicht ohne innere Kämpfe, ohne heißes Ringen um die bessere Einsicht gefaßt. Der letzteren haben wir uns gefügt, und wir erkennen gern an, daß die neuen Staatsmänner und die Leitung des Aktionskomitees Achtung vor ehrlicher Überzeugung und ein gesundes Mißtrauen gegen einen Geminnungswechsel bekunden, der mehr von Zweckmäßigkeitserwägungen als von innerer Überzeugung ausgeht.“

Die Erkenntnis, daß die neuen Verhältnisse eine Einheitsbewegung erforderten, ist bei uns nicht erst seit gestern vorhanden. Sie kam auch bei den anderen Gewerkschaftsrichtungen zur Geltung. Es wurden Verhandlungen unter den Gewerkschaftsrichtungen geführt mit dem Ziele, eine auf nationalem Boden stehende, die religiösen Grundkräfte anerkennende und parteipolitisch völlig ungebundene Einheitsgewerkschaft zu bilden. Es war aber nicht angängig, diese freiwillig zu bildende Einheitsgewerkschaft ohne die Zustimmung der Reichsregierung bzw. des Herrn Reichskanzlers zu proklamieren. Der 1. Mai brachte dann ein gewaltiges Bekenntnis des schaffenden Volkes zur Einheit, zum nationalen Gemeinschaftsgedanken. Die deutsche Arbeitsfront fand durch den Verlauf des nationalen Feiertages am 1. Mai ihre innere Begründung. Das Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit erhielt die große Aufgabe zugewiesen, diese geschlossene deutsche Arbeitsfront zu verwirklichen.

Daß man gegen uns nicht so vorging wie gegen die freien Gewerkschaften, geschah in Würdigung unseres Kampfes gegen den Marxismus. Es geschah aber zugleich unter der Voraussetzung, daß wir uns freiwillig und ohne Bedingung Adolf Hitler und dem von ihm beauftragten Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit unterstellten. Das ist dann auch geschehen, und zwar von allen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften, die nicht bereits zwangsweise von der Gleichschaltung erfaßt waren.

Mit diesem Akt hat die Selbständigkeit der einzelnen Richtungen und Verbände aufgehört. Zwar soll die gewerkschaftliche Arbeit so wie bisher zunächst weitergeführt werden, jedoch untersteht die Bewegung in all ihren Gliederungen dem Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit. Dem Leiter dieses Aktionskomitees, Herrn Staatsratspräsidenten Dr. Ley, ist inzwischen u. a. verfügt worden, daß die Arbeiterverbände der Leitung des Herrn Walter Schuhmann, M. d. R., unterstehen; Schatzmeister ist Paul Brinkmann, Leiter der organisatorischen Fragen Reinhold Muchow und Leiter der gesamten Gewerkschaftspresse Hans Biallas. Zurzeit, da diese Zeilen in Druck gehen, steht der erste Kongreß der deutschen Arbeitsfront bereits unmittelbar bevor. Auf diesem Kongreß wird das große Einigungswerk der Öffentlichkeit bekanntgegeben und der Herr Reichskanzler die Schirmherrschaft über die deutsche Arbeitsfront übernehmen.

Auf die Frage, wie werden sich die Dinge nun weiter entwickeln, kann zwar keine abschließende, aber doch immerhin eine richtunggebende Antwort, die auf Besprechungen mit dem Aktionskomitee fußt, gegeben werden. Wie bereits erwähnt, ist das zu verwirklichende Ziel die Einheit der Arbeitergewerkschaften. Für die Angestellten gilt dasselbe. Durch die Zusammenlegung soll sich ein rationelleres und Verwaltungskosten ersparendes Arbeiten ergeben. Die neue, geeinte Gewerkschaftsbewegung wird ein Glied des staatlichen Ganzen sein, sie wird national und sozial, aber frei von jeder Parteipolitik sein. Sie wird später eine bedeutende Körperschaft innerhalb der ständischen Gliederung unseres Volkes sein, die als Krönung des ganzen Werkes durchgeführt werden soll. Die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft hat eine andere, vereinfachtere und durchschlagendere Form. Ihre Aufgaben sind bedeutender und größer als zuvor. Für die einzelnen Berufszeige wird voraussichtlich zwar kassentechnisch und verwaltungsmäßig eine Einheit geschaffen, aber das berufliche und fachliche Eigenleben soll in den Fachschaften stark gepflegt und entwickelt werden. Stärkste Verbindung des schaffenden Menschen sowohl mit dem Staate als vor allem auch mit seinem Berufe und mit seiner Arbeit ist das Ziel. Auch die gegenseitige Hilfe und das Unterstützungsweesen sollen in wirksamer und vereinfachter Verwaltung gepflegt werden. Die Gewerkschaftspressen werden selbstverständlich in diese Vereinheitlichung und Vereinfachung einbezogen. — Nun kann das alles selbstverständlich nicht von heute auf morgen geschaffen werden. Es sollen Fehler und Überstürzungen vermieden werden. Die Bildung der geeinten Arbeitsfront erfordert eine Unmenge technischer und organisatorischer Überlegungen und Einzelhandlungen. Das Aktionskomitee legt Wert darauf, daß Störungen, ebenfalls Schädigungen der Mitglieder vermieden werden. Deshalb sollen die Verbände ihre Arbeit im Rahmen der Gesamtaktion, deren Leiter und Träger das Aktionskomitee ist, zunächst so wie bisher fortsetzen. Die Mitglieder sollen ihren Verbänden die Treue bewahren. Bei den Verhandlungen wurde uns sodann auch zum Ausdruck gebracht, daß auf die Mitarbeit der christlichen Gewerkschaften Wert gelegt wird und daß die sachlich und fachlich geeigneten Kräfte Verwendung finden würden. Mit den grundlegenden und organisatorischen Umformungsarbeiten ist, wenn diese Nummer in die Hände der Mitglieder kommt, voraussichtlich bereits begonnen. Es wird ein Senat oder Arbeitsausschuß berufen, in dem, wie uns von der Leitung des Aktionskomitees versichert wird, auch wir vertreten sein werden.

Das geeinte Arbeitertum der Zukunft steht als gleichberechtigter und gleichgeachteter Stand in der zukünftigen gesellschaftlichen Ordnung. Wir alle sind berufen und verpflichtet, an dem Neubau unseres deutschen Vaterlandes mitzuschaffen. Wir tun es gern, weil wir uns unserem Volke und Stande verbunden fühlen, und weil nur dann, wenn das Ganze gedeiht, auch wir als Glied des Ganzen uns entfalten können.

Sicherstellung des deutschen Arbeitsfriedens.

Berlin, 16. Mai.

Der Reichskommissar für die Wirtschaft und der Führer der Deutschen Arbeitsfront haben folgende Verfügung erlassen:

„Nationalsozialisten!

Deutsche Arbeitsmenschen der Stirn und der Faust!

Der Staat ist unser! Die Macht kann uns niemand entreißen, die Wirtschaft ist unsere Wirtschaft, die Fabrik ist unsere Fabrik, der Schraubstock ist unser Schraubstock! Deshalb, weil dies so ist, muß jeder Versuch, das alles, was uns gehört, zu zerstören, im Keime erstickt werden, und ihr, die Garde der nationalsozialistischen Revolution, habt die hohe Aufgabe, rücksichtslos und unerbittlich alles zu zerschmettern und zu vernichten, was dieses herrliche Gut des deutschen Volkes antastet will.

Nur die Feinde unserer Revolution können ein Interesse an Stilllegung, wilden Streiks, Aussperrungen und ähnlichen Dingen haben.

Deshalb tretet ihnen entgegen, seid wachsam, duldet es nicht, denn es geht um den Erfolg und um den Sieg, es geht um Deutschland und unser Volk.

Deshalb verfügen wir als die Vertreter der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeit im absoluten Einverständnis mit dem Führer folgendes:

In den Bezirken der Landesarbeitsämter werden als Vertreter der deutschen Wirtschaft folgende Parteigenossen zu Bezirksleitern ernannt:

Bezirk	Sitz	Name
1. Brandenburg	Berlin	Dülle
2. Schlesien	Breslau	Dr. Hettner
3. Sachsen	Dresden	Lenk
4. Westfalen	Münster	Arnhold
5. Hessen	Frankfurt a. M.	Dr. Braun
6. Nordmark	Hamburg	Dölzer
7. Niedersachsen	Hannover	Fromm
8. Mitteldeutschland	Erfurt	Ewers
9. Ostpreußen	Königsberg	Magunia
10. Bayern	München	Dr. Pfaff
11. Pommern	Stettin	Dr. Jarmer
12. Südwestdeutschland	Stuttgart	Kiehn
13. Rheinland	Köln	Dr. Klein

Für die Deutsche Arbeitsfront werden in den Bezirken der Landesarbeitsämter folgende Parteigenossen zu Bezirksleitern ernannt:

Bezirk	Sitz	Name
1. Brandenburg	Berlin	Johannes Engel
2. Schlesien	Breslau	Adolf Kulisch
3. Sachsen	Dresden	Ernst Stiehler
4. Westfalen	Münster	Walter Nagel
5. Hessen	Frankfurt a. M.	Wilhelm Becker
6. Nordmark	Hamburg	Bruno Stamer
7. Niedersachsen	Hannover	Karius
8. Mitteldeutschland	Erfurt	Friedrich Triebel
9. Ostpreußen	Königsberg	Ernst Duschön
10. Bayern	München	Kurt Frey
11. Pommern	Stettin	Mag Tietböhl
12. Südwestdeutschland	Stuttgart	Fritz Plattner
13. Rheinland	Köln	Richard Ohling

Die Bezirksleiter der Wirtschaft und der Arbeit sind in ihren Gebieten allein verantwortlich für den Wirtschaftsfrieden und für den Aufbau. Da sie beide langerprobte Parteigenossen sind und damit eine Weltanschauung zur Grundlage haben, sind sie der nationalsozialistischen Revolution die Garanten für nationalsozialistisches Denken und Handeln innerhalb der deutschen Wirtschaft.

Sie ordnen die Tarifverhältnisse, sie wachen über den Arbeitsschutz und über das Arbeitsrecht, über die sozialen Maßnahmen, sie verhindern mit allen Mitteln wirtschaftliche Sabotage.

Sie allein sind uns, den Vertretern der Wirtschaft und der Arbeit und damit dem Führer Adolf Hitler, für den reibungslosen Aufbau der deutschen Arbeit verantwortlich.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir auf die Dauer von acht Wochen einen

Waffenstillstand für alle deutschen Arbeitsmenschen der Stirn und der Faust geschlossen

haben, bis der ständische Aufbau der organisch gegliederten Wirtschaft durchgeführt ist.

Der Reichskommissar für die Wirtschaft:
gez. Dr. Wagener

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront:
gez.: Dr. Robert Ley."

Beruhigung der Wirtschaft.

Die nationale Revolution hat, wie das kaum anders zu erwarten war, auch eine nicht geringe Beunruhigung der Wirtschaft zur Folge gehabt, die durch hier und da erfolgte Einzelaktionen eine unerwünschte Unsicherheit zeitigten. Dagegen wendet sich eine amtliche Erklärung vom 5. Mai mit folgenden Ausführungen:

„Die Regierung hat alles Interesse daran, daß die Wirtschaft sich jetzt innerlich und ehrlich beruhigt. Alle rigorosen Eingriffe haben zu unterbleiben und werden unterbleiben, so daß also die Wirtschaft jetzt in der Lage ist, sich auf weite Sicht mit Projekten einzustellen, da die Stabilität der Verhältnisse ihr die notwendige Gebühr dafür bietet. Die Wirtschaft kann also jetzt damit beginnen, großzügig zu planen. Der, der schnell und bald beginnt, kann der wärmsten moralischen Unterstützung der Reichsregierung versichert sein. Es ist vollkommen fehl am Platze, wenn in der Wirtschaft und in Wirtschaftskreisen jetzt irgendeine Nervosität noch herrscht. Nachdem jetzt auch die Gewerkschaftsaktion durchgeführt worden ist, ist im Wirtschaftsleben durchaus eine Konsolidierung

der Verhältnisse eingetreten, so daß die Wirtschaft durchaus in der Lage ist, jetzt ruhig sofort und auf lange Sicht Projekte zu machen.“

Der Reichskommissar im Reichswirtschaftsministerium, Dr. h. c. Wagener, gewählte einem Vertreter der NSK. eine Unterredung, in der er u. a. ausführte: Das vordringlichste Problem ist die unbedingte Beruhigung der Wirtschaft. Es muß verhindert werden, daß durch eigenmächtiges Vorgehen einzelner Gruppen Störungen hervorgerufen werden, die niemals zum Nutzen, aber meist zum Schaden der Wirtschaft sich auswirken. Wir sind der Auffassung, daß nicht eine Planwirtschaft, sondern eine sinnvolle Planung eintreten muß, die es ermöglicht, daß die Vergewaltigung eines Teiles der Wirtschaftsunternehmungen durch andere Wirtschaftsunternehmungen verhindert wird.

Auf die Frage der Kartelle übergehend, erklärte Dr. Wagener: Wenn Kartelle abgeschlossen werden müssen, so ist es notwendig, daß sie unter staatlicher Kontrolle stehen. Ihr Zweck darf nicht sein, durch Preisbindungen sich möglichst große Gewinne zu sichern, sondern er muß darin bestehen, daß für die Zeit der wirtschaftlichen Depression die Sicherheit der Existenz aller hergestellt wird.

Dr. Wagener versicherte, daß durch die nächsten Maßnahmen erreicht werden würde, daß die ruhige Weiterentwicklung der Wirtschaft planvoll gesichert ist. Ein entsprechendes Gesetz sei bereits in Bearbeitung, dessen Veröffentlichung in Bälde zu erwarten sei.

Die Regierung bemüht sich im Interesse des deutschen Volkes, nach zwei Richtungen hin auf die Wirtschaft einzuwirken. Zunächst versucht sie, den Geist der wirtschaftlichen Initiative, des Wagemutes, der unter den innen- und außenpolitischen Geschehnissen natürlich stark gelitten hat, wieder anzuspornen. Dieser Wagemut des Unternehmers bedurfte nach unserer Meinung dringend einer Aufmunterung, denn schon in den letzten Jahren fehlte es an diesem Wagemut doch gar zu sehr. Allzusehr mußte man die Risikofreudigkeit schon seit geraumer Zeit vermissen, die aber dem Unternehmer angeboren sein muß, wenn er seinen Namen ehrlich verdienen will. Sicher bedarf es zur Entfaltung des Wagemutes eines Anreizes und man darf überzeugt sein, daß die in Aussicht gestellten Maßnahmen auch diesen Faktor zur Belegung der Unternehmertätigkeit nicht außer acht lassen. Dieser Anreiz darf und wird jedoch nicht in der Hergabe von Subventionen bestehen können, die vor nicht allzulanger Zeit die einzige Sehnsucht der Wirtschaft zu sein schienen. Da im neuen deutschen Staate nach dem Willen der Staatsführung allein die Leistung entscheiden soll, wird und muß die Existenz des Unternehmers nur auf der unternehmerischen Leistung beruhen können. Diese aber besteht im Wesenskern in der Schaffung von Arbeit.

Der zweite Weg der Einwirkung auf die Wirtschaft ist nach Reichskommissar Dr. Wagener der einer sinnvollen Planung. Sinnvolle Planung, eine Forderung, die auch wir wiederholt, zuletzt noch auf dem Düsseldorf Kongreß, erhoben haben, ist bewußter Gegensatz zu dem in der liberalistischen Wirtschaftsordnung üblichen hemmungslosen Profitstreben. Das bedeutet also eine Abkehr von bisher geübten wirtschaftlichen Gepflogenheiten, über die sich das Unternehmertum durchaus klar zu werden hat. Hoffen wir, daß die in vielen Unternehmergruppen schon vollzogene Gleichschaltung nicht nur ein äußerlicher Vorgang ist, sondern auch eine tatsächliche innere Wandlung der Gesinnung immer stärker in die Erscheinung treten läßt, einer Gesinnung, die in dem Programmsatz Ausdruck findet: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Die Regierung dürfte sich der schwierigen Aufgabe, die richtige Synthese zwischen unternehmerischer Privatinitiative und sinnvoller Wirtschaftsplanung zu finden, durchaus bewußt sein. Diese Aufgabe muß gelöst werden, damit das Ziel der nationalen Revolution und der Zukunft des deutschen Volkes gesichert ist. Wie schwierig aber diese Aufgabe ist, beweist die Tatsache, daß in Wirtschaftskreisen zwar der berufsständische Gedanke äußerst leidenschaftlich diskutiert, in der Praxis jedoch eine Zunftwirtschaft zu errichten versucht wird.

Damit wird aber der gesunde berufsständische Gedanke zu einem zünftlerischen umgedeutet und verfälscht. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß unter dem Deckmantel des „berufsständischen Aufbaus“ heute schon fast jeder Beruf versucht, durch Sperren, planwirtschaftliche Nachwuchsregelung, Mitgliederzwang und andere Mittel, seinen Besitzstand ohne Rücksicht auf die Arbeitslosen und die heranwachsende Jugend zu sichern und sich diesen Besitzstand sogar staatlich sanktionieren zu lassen. Die berufskorporative Verantwortung von der dabei soviel gesprochen wird, scheint sich in manchen Kreisen dabei oft nur auf die Konservierung des augenblicklichen Besitzstandes zu beschränken. Die Sorge für die Arbeitslosen und die Jugend überlassen sie dabei getroßt dem Staat. Gegen

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 21. bis 27. Mai ist der 21. Wochenbeitrag fällig. Kontrolliere jeder an Hand der nummerierten Markenfelder in den Mitgliedsausweisen seine Beitragsleistung!

Dringend gewarnt wird vor der Aufgabe der Mitgliedschaft. Die Zugehörigkeit zur NSBO. ersetzt nicht die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften! Darum verbleibe jeder Holzarbeiter im Verbands, darum erwerbe jeder unorganisierte die Mitgliedschaft durch den Beitritt zu unserem Berufsverband.

Neben der Verbandszeitung wird ab 1. Juni allen Mitgliedern des Verbandes die Zeitschrift „Arbeiter u m“, Zeitschrift für Theorie und Praxis der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, kostenlos geliefert. Die Zeitschrift gelangt mit dem Verbandsorgan zum Versand und zur Ausgabe.

Verlorene Bücher.

Nr. A 6267, Franz Mayer; Nr. A 7443, Josef Nickel; Nr. A 857, Karl Dreesen; Nr. A 1061, Jakob Böhm; Nr. 124 001, Josef Saalfeld; Nr. 220 908, Mathias Dreher. Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

diese Methode, unter dem Deckmantel eines berufsständischen Aufbaus die Konkurrenz nach Möglichkeit auszuschalten und sich vom Staate seine Existenz garantieren zu lassen, muß entschieden Front gemacht werden. Das hat mit berufsständischer Ordnung nichts mehr zu tun, sondern ist ganz aus dem Geiste geboren, der nach dem Willen der Regierung keine Daseinsberechtigung mehr haben soll. Wir wünschen, daß es der verantwortlichen Staatsführung gelingt, diese für die wahre berufsständische Zukunft unseres deutschen Volkes nicht ungefährlichen Versuche zunichte zu machen und die Entwicklung so zu lenken, daß auch die Arbeiter im Berufsstand ihren angemessenen Platz eingeräumt erhalten.

Lebensmittelposten — Vergleiche.

Die Entwicklung der Lebensmittelpreise wird in allen Ländern zu einer für die Lebenshaltung der breiten Massen immer entscheidenderen Frage. Schon seit einer Reihe von Jahren hat das Internationale Arbeitsamt regelmäßig die Kleinhandelspreise für bestimmte, vorwiegend in Arbeiterhaushalten verbrauchte Lebensmittel errechnet und veröffentlicht. Soeben erscheint nun im Mai-Heft der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ wieder eine Zusammenstellung der Kleinhandelspreise, die um so aufschlußreicher ist, als sie den Zeitpunkt von 1929—1932 erfaßt, also von Beginn der Krise bis zu deren Tiefpunkt. Aus den umfangreichen Tabellen, die hier im einzelnen nicht wiedergegeben werden können, seien einige Angaben für Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, Schweden und die Vereinigten Staaten entnommen.

Die vom Internationalen Arbeitsamt für einen internationalen Vergleich der Lebenshaltungskosten benutzte Berechnungsmethode besteht darin, daß der Preis für eine bestimmte Lebensmittelmenge, den sogenannten Lebensmittelkorb, in den einzelnen Ländern festgestellt wird. Diese Preise werden dann auf einer Vergleichsgrundlage, die früher Großbritannien und jetzt die Vereinigten Staaten darstellen, in eine Meßziffer umgerechnet. Dieser Lebensmittelkorb umfaßte früher 25 verschiedene Posten, mußte aber auf 14 verringert werden, weil die Preise für mehrere Posten nicht zur Verfügung standen. Trotzdem können diese 14 Lebensmittel als maßgebend für den größten Teil des Lebensmittelverbrauchs einer Arbeiterfamilie angesehen werden. Sie machen z. B. etwa 57 v. H. der Nahrungsmittelausgaben deutscher Arbeiter aus, wenn man die Ergebnisse der 1927—1928 angestellten Haushaltsrechnungen zugrunde legt.

Führt man diese Berechnungen für die oben genannten Länder durch, so ergibt sich folgende Übersicht:

Kosten des verkleinerten Lebensmittelkorbes (14 Posten), ausgedrückt in einheitlicher Währung und Meßziffern der Ernährungskosten im Oktober 1932 (Grundlage der Meßziffer: Vereinigte Staaten = 100)

Land	Zahl der Städte	Kosten des Lebensmittelkorbes in USA-Dollar		Meßziffern	
		A	B	A	B
Deutschland	6	1.35	1.35	76	76
Frankreich	6	1.56	1.56	90	90
Großbritannien	7	1.54	1.07	89	61

Land	Zahl der Städte	Kosten des Lebensmittelkorbes in USA-Dollar		Messziffern	
		A	B	A	B
Italien	6	1.60	1.55	92	89
Polen	4	0.75	0.75	43	43
Schweden	3	1.72	1.13	99	65
Ver. Staaten	51	1.74	1.74	100	100

(A = Landeswährung zum Parikurs — B = Landeswährung zum Wechselkurs)

Seit der letzten Berechnung hat sich jetzt die neue Schwierigkeit ergeben, daß der Preis für den Lebensmittelkorb infolge der Abwertung verschiedener Währungen verschieden wird, je nachdem ob man den Parikurs oder den Wechselkurs einer Währung zugrunde legt. Wenn der Wert der Währung im Oktober 1932 unverändert geblieben ist, sind daher beide Zahlen gleich, während sie z. B. in Großbritannien und Schweden ziemlich weit voneinander abweichen. Drückt man die Kosten eines internationalen Lebensmittelkorbes in der Landeswährung zu verschiedenen Zeitpunkten aus, so ergibt sich die folgende aufschlußreiche Übersicht über die Entwicklung der Lebensmittelpreise:

Kosten des „internationalen Lebensmittelkorbes“ in einigen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten (in Landeswährung)

Land	Währungseinheit	Zahl der Städte	Juli 1929	Jan. 1930	Juli 1930	Jan. 1931	Okt. 1931	Okt. 1932
Deutschland	RM	6	7.50	7.65	7.14	6.85	6.29	5.59
Frankreich	Fr.	6	42.70	44.52	44.66	44.21	40.80	39.69
Großbritannien	d	7	88.9	95.8	83.8	83.5	75.0	75.8
Italien	Lire	6	36.67	37.67	34.51	35.18	30.93	30.41
Polen	zl.	4	—	10.99	9.15	8.28	7.74	6.68
Schweden	Kr.	3	7.33	7.65	7.10	6.70	6.60	6.42
Ver. Staaten	\$	10	2.65	2.69	2.55	2.46	2.10	1.74

Seit dem Jahre 1929, wo für die hier zugrunde gelegte Lebensmittelmenge in Deutschland 7.50 RM aufgewandt werden mußten, ist ein Preisrückgang um fast 2.— RM bis Oktober 1932 auf 5.59 RM zu verzeichnen gewesen. In Großbritannien bewegte sich der Preis von Juli 1929 mit d 88.9 bis auf d 75.8 im Oktober 1932. Im Oktober 1931 war der Preis noch etwas niedriger (d 75.0). Diese Tatsache läßt sich nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Österreich und Portugal beobachten. In allen anderen Ländern jedoch ist der Preis für den Lebensmittelkorb bis Oktober 1932 ununterbrochen gesunken. Verhältnismäßig wenig hat sich der Preis in Italien verändert, wo er im Verlauf der drei betrachteten Jahre von 36.67 Lire auf 30.41 Lire gesunken ist. Auch erscheint die Veränderung des Preises in Frankreich auf 42.70 Fr. auf 39.65 Fr. im Vergleich mit anderen Ländern verhältnismäßig klein. Besonders auffallend ist auch die Preisentwicklung in Polen, wo der Preis für die hier zugrunde gelegten Lebensmittelmengen von 1930 bis Oktober 1932 von 10.99 zloty auf 6.68 zloty sank.

Um zu zeigen, in welchem Umfange die Ernährungs-kosten seit 1929, also vor Beginn der Krise, zurückgegangen sind, hat das Internationale Arbeitsamt auf der Grundlage Juli 1929 aus den oben genannten Zahlen auch Messziffern berechnet. Es ist sehr interessant, daß die Messziffern des Internationalen Arbeitsamts, die über den internationalen Lebensmittelkorb berechnet sind und die landesüblichen Verbrauchsgewohnheiten nicht berücksichtigen, nur geringfügig von den amtlichen Messziffern der Lebenshaltungskosten abweichen. In der folgenden Übersicht gibt die erste Reihe A die über den internationalen Lebensmittelkorb errechneten Messziffern an, während die zweite Reihe B die auf der Grundlage Juli 1929 = 100 umgerechneten amtlichen Messziffern der Lebenshaltungskosten der einzelnen Länder darstellt.

Vergleich der Kosten des Lebensmittelkorbes in einigen Ländern mit den amtlichen Messziffern der Ernährungs-kosten, beide auf der Grundlage Juli 1929 umgerechnet

Land	Messziffer	Zahl der Städte	Juli 1929	Jan. 1930	Juli 1930	Jan. 1931	Okt. 1931	Okt. 1932
Deutschland	A	6	100	102	95	91	84	75
	B	72	100	97	94	86	79	70
Frankreich	A	6	100	104	105	104	96	93
	B	Paris	100	99	98	101	88	82
Großbritannien	A	7	100	108	94	94	84	85
	B	630	100	101	94	89	85	82
Italien	A	6	100	103	94	96	84	83
	B	Mailand	100	104	98	88	82	81
Polen	A	4	100	97	81	71	68	59
	B	Warschau	100	97	91	77	72	63
Schweden	A	3	100	104	97	91	90	88
	B	49	100	96	92	89	85	83
Ver. Staaten	A	10	100	102	96	95	79	66
	B	51	100	102	96	86	77	66

In den Messziffern spiegelt sich die bereits bei Übersicht 2 ange-stellte Betrachtung noch deutlicher wider. Die amtlichen Messziffern bewegten sich für Deutschland von 100 bis auf 70, und die vom Internationalen Arbeitsamt berechneten zeigen einen Rückgang der Lebensmittelpreise von 100 auf 75. Für Großbritannien ergibt sich, daß die Messziffer im Oktober 1931 etwas niedriger steht als im Oktober 1932, während die amtliche Messziffer auch im Oktober 1932 ihren niedrigsten Stand erreichte.

Es sei zum Schluß noch hervorgehoben, daß ein vorbehaltloser Vergleich der in diesen Übersichten angeführten Zahlen nicht möglich ist. Einem Vergleich der Ernährungs-kosten stehen besonders bei der gegenwärtigen Lage der Wirtschaft soviel technische Schwierigkeiten entgegen, daß der Leser nochmals ausdrücklich auf die stets vom Internationalen Arbeitsamt bei seinen Berechnungen hervorgehobenen Vorbehalte hingewiesen sei, die in der Internationalen Rundschau der Arbeit veröffentlicht sind.

Rundschau.

Deutscher Vertreter zur Weltwirtschaftskonferenz. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat seinen Vorsitzenden, den indischen Regierungsvertreter, Sir Atul Chatterjee, zu seinem Vertreter auf der Weltwirtschafts- und Währungskonferenz in London bestellt. Als Stellvertreter wurden die Herren Kiddell (Kanada) und Ministerialdirektor Dr. Engel (Deutsches Reich) benannt.

Der bisherige Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, Dr. Sigler ist vom Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zum Divisionschef in diesem Amte ernannt worden.

Lage der Holzverarbeitenden Industrie. Die Beschäftigung hatte sich nach dem Bericht des Wirtschaftsverbandes der Deutschen Holzindustrie in zahlreichen Betrieben der Holzverarbeitenden Industrie im März gebessert, was auf die zunehmende politische Beruhigung und die teilweise anziehenden Preise zurückzuführen ist, nachdem die Käufer lange Zeit sich auf die Befriedigung des dringenden Bedarfes beschränkt und ihre Lager stark geräumt hatten. Namentlich die Möbelindustrie konnte größtenteils zu einer Erhöhung der Arbeitszeit und zu einer Verstärkung der Belegschaft schreiten. Allerdings ist es fraglich, ob die vermehrte Beschäftigung von Dauer bleibt; denn in den letzten zwei bis drei Wochen machte sich nämlich bereits wieder ein beachtlicher Auftragsrückgang bemerkbar. Die in den einzelnen Sparten der Möbelindustrie in Bildung begriffenen Preiskonventionen dürften zu einer weiteren Anpassung der Preise an die tatsächlichen Herstellungskosten führen. Eine völlige Gesundung des Möbelmarktes wird jedoch ohne gesetzliche Maßnahmen gegen notorische Preis-schleuderer kaum erfolgen können. Auch in der Türen- und Fenster-Industrie, der Spulen-Industrie, der Rundstab-Industrie und einigen anderen Zweigen ist eine gewisse Besserung der Beschäftigung erkennbar. U. a. kann auch die Pianoforte-Industrie über eine leichte Belebung des Inlands-geschäftes berichten. In der Verpackungsmittel-Industrie, der Kork-Industrie und der Sperrholz-Industrie hat sich dagegen die Beschäftigung gegenüber den Vormonaten kaum geändert. Die Sperrholz-Industrie leidet unter der unvermindert starken Überschwemmung des Inlands-marktes mit Birkenplatten aus den östlichen Nachbarländern. Die Holzhausbau-Industrie krankt trotz starker Nachfrage daran, daß die Unterbringung von Hypotheken zurzeit fast unmöglich ist. Auch andere Zweige klagen darüber, daß die Banken dem durch die Absatzbelebung erhöhten Kapitalbedarf der Betriebe nicht oder nur unter unerträglichen Bedingungen Rechnung tragen. Ferner hat die gesamte Holzverarbeitende Industrie — abgesehen von den unzureichenden Preisen — unter den überhöhten Frachtsätzen für Rund- und Schnittholz sowie für Holzfertigwaren zu klagen. Es muß dringend gefordert werden, daß die Reichsbahn durch ausreichende Frachtermäßigungen die Voraussetzungen für eine Belebung der Holzwirtschaft schafft. Die Ausfuhr ist in fast allen Zweigen der Holzverarbeitenden Industrie fast völlig zum Erliegen gekommen.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viersp. Mittelzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf 515 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldeinzahlung nur Postcheckkonto 7718 Köln.